Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
1. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 14.03.2019
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:55 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD
Herr Thomas Blaschke
Herr Carsten Diete
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Martin Köhler
Herr Gökcen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Jutta Maeder
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Frau Ulrike Skodd
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU
Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Wilhelm Kemna
Herr Helmut Krause

Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Herr Ingolf Pätzold
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken
Herr Timon Lütschen

DIE LINKE / GAL
Herr Gunther Heuchel
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
Herr Ulrich Klein
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Frau Julia Freundl
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost
Herr Christoph Watolla

Entschuldigt fehlten
Frau Manuela Laßen
Herr Volker Sekunde

Die Bürgermeisterin, Frau **Kappen**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen, die Lehrkräfte sowie die Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Frauen der ev. Kirchengemeinde Kamen und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Umbesetzung von Ausschüssen	031/2019
3	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen	016/2019
4	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Überplanmäßige Mehrausgabe für die Abführung von Notarztgebühren an den Kreis Unna	017/2019
5	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Überplanmäßige investive Mehrausgabe im Produkt 42.01.01 Jahnstadion (Laufbahn und Nebenanlagen)	028/2019
6	Überplanmäßige Ausgabe bei der Buchungsstelle 36.02.01/0536.783100 Bürgerhaus Methler – Sanierung –	030/2019
7	Ausbau der Kindertagesbetreuung in der Ev. Kita „ Unter dem Regenbogen" Fliednerstraße 3, 59174 Kamen – Patronatserklärung	023/2019
8	Einwohnerversammlung zur Neuausrichtung der Bäderlandschaft in Kamen	005/2019
9	Umbenennung der Fritz-Haber-Straße in Kamen-Methler hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW	029/2019
10	Open Source in der Verwaltung hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
11	Resolution gegen das Sterben im Mittelmeer hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE./GAL	
12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Frau Heike **Klassen**, wohnhaft Am Ufer 3 in Kamen, fragte nach der zukünftigen Parkplatzsituation in Folge der möglichen Umbaumaßnahmen des Kombibades sowie der Errichtung des Mehrfamilienhaus-Projektes der UKBS.

Herr **Dr. Liedtke** regte an, wie bereits im Vorfeld besprochen, anhand von Plänen die Situation in einem persönlichen Gespräch zu erläutern. Selbstverständlich müssten ausreichend Parkplatzflächen errichtet werden.

Zu TOP 2.
031/2019 Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Jugendhilfeausschuss		
	alt	neu
Mitglied	Detlef Maidorn	Alexandra Bartosch
stv. Mitglied	Alexandra Bartosch	Elmar Pleus
Partnerschaftsausschuss		
	alt	neu
stv. Mitglied	Detlef Maidorn	Lucas Sklorz
Behindertenbeirat		
	alt	neu
Mitglied	Klaus Gödecker	Uwe Diester
stv. Mitglied	Uwe Diester	Christian Rölleke

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
016/2019 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Die Frage von Frau **Schaumann**, ob die KIG e.V. zu weiteren verkaufsoffenen Sonntagen gefragt worden sei, bejahte die **Bürgermeisterin**. Allerdings würden zwei Sonntage ausreichen, weil eine Ausweitung von kleineren Geschäften personell nicht zu stemmen sei.

Herr **Heidler** begrüßte die zwei verkaufsoffenen Sonntage, sie seien wichtig für die Innenstadt. Sollten seitens der KIG e.V. weitere Sonntage gewünscht und gut begründet seien, müsse darüber beraten werden.

Herr **Eisenhardt** schloss sich den Ausführungen von Herrn Heidler an. Es sei eine Abwägung zwischen den Interessen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Bürgern. Zwei verkaufsoffene Sonntag seien für Kamen angemessen und die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr **Grosch** informierte, dass Verdi zwar erneut Bedenken geäußert habe, allerdings zwei anstatt der möglichen acht verkaufsoffene Sonntage begrüße. Daher werde die Fraktion DIE LINKE./GAL diesmal der Beschlussvorlage zustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“, gleichzeitig tritt die „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“ vom 24.02.2017 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
017/2019 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Überplanmäßige Mehrausgabe für die Abführung von Notarztgebühren an den Kreis Unna

Beschluss:

Die nachfolgende gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Bei der Buchungsstelle 12.08.01.525200-370 werden zusätzlich 40.624,00 € bereitgestellt, um die Abführung von Notarztgebühren an den Kreis Unna vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
028/2019 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Überplanmäßige investive Mehrausgabe im Produkt 42.01.01 Jahnstadion (Laufbahn und Nebenanlagen)

Beschluss:

Die nachfolgende gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Im Produkt 42.01.01 – Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen – werden unter der Buchungsstelle 42.01.01/0441.783100 – Jahnstadion (Laufbahn u. Nebenanlagen) – 55.000,00 Euro zur Verfügung gestellt, um die Maßnahmen zur Sanierung der Laufbahn abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr Diete nahm ab 17:20 Uhr an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Zu TOP 6.
030/2019 Überplanmäßige Ausgabe bei der Buchungsstelle 36.02.01/0536.783100 Bürgerhaus Methler – Sanierung –

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 36.02.01/0536.783100 Bürgerhaus Methler – Sanierung – werden für die Sanierung der Turnhalle zusätzlich 120.000 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
023/2019 Ausbau der Kindertagesbetreuung in der Ev. Kita „ Unter dem Regenbogen" Fliednerstraße 3, 59174 Kamen – Patronatserklärung

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Kamen wird ermächtigt, mit der Ev. Kirchengemeinde als Träger der KiTa „Unter dem Regenbogen“, Fliednerstraße 3, 59174 Kamen einen Kostenübernahmevertrag zur finanzielle Absicherung des Trägers der aus dem Mietverhältnis für das Gebäude der neuen Kindertageseinrichtung im Falle der Schließung von einzelnen Gruppen bzw. der gesamten Einrichtung entstehenden Kosten zu schließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
005/2019 Einwohnerversammlung zur Neuausrichtung der Bäderlandschaft in Kamen

Die Frage von Frau **Dörlemann**, ob durch die Mitgliedschaft in der Gesellschafterversammlung oder im Aufsichtsrat der GSW Befangenheit herrsche, verneinte die **Bürgermeisterin**.

Herr **Lütschen** begrüßte die Einwohnerversammlung und die dadurch hergestellte Transparenz. Er wünsche sich alle Gutachten zur Planung der Bäderlandschaft.

Die **Bürgermeisterin** sagte eine Zusendung der Gutachten zu.

Auch Herr **Heidler** begrüßte die Einwohnerversammlung mit einer breiten Bürgerbeteiligung. Es handele sich um eine relevante Entscheidung im Bereich, Sport-, Freizeit- und Schulschwimmen. Er wünschte sich einen kritischen Diskurs in der Sache.

Herr **Eisenhardt** wünschte sich, dass viele Bürgerinnen und Bürger das Format wahrnehmen würden. Er begrüße dieses. Die CDU-Fraktion werde für die Einwohnerversammlung werben.

Herr **Krause** zitierte aus dem Hellweger Anzeiger vom 22.02.2019, Bergkamener Teil, und fragte nach dessen Richtigkeit.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass es eine Entscheidung des Rates sei, ob ein Kombi-Bad neu errichtet werde, es ein Zentralbad mit Bergkamen gebe oder die alten Bäder saniert würden. Sie wünschte sich weiterhin einen transparenten Beratungsprozess, um eine gemeinsame Entscheidung zu treffen.

Herr **Heidler** erinnerte an die gemeinsamen Entscheidungsprozesse und den Prüfauftrag, ein Kombi-Bad zu planen sowie die alten Bäder zu sanieren.

Herr **Stalz** teilte mit, dass die FW/FDP-Fraktion die Einwohnerversammlung unterstütze. Anregungen aus den Diskussionen könnten im Beratungsprozess helfen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Durchführung einer Einwohnerversammlung zur Neuausrichtung der Kamener Bäderlandschaft.

Die Fraktionen benennen nachfolgende Ratsmitglieder zur Teilnahme an der Versammlung:

SPD	Daniel Heidler/Christiane Klanke
CDU	Ralf Eisenhardt/Ralf Langner
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Anke Dörlemann/Stefan Helmken
DIE LINKE./GAL	Klaus-Dieter Grosch/Gunther Heuchel
FW/FDP	Heike Schaumann/Helmut Stalz

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Die **Bürgermeisterin** teilte mit, dass die Einwohnerversammlung am 13.05.2019 um 18 Uhr in der Kamener Stadthalle stattfinden werde.

Zu TOP 9.
029/2019 Umbenennung der Fritz-Haber-Straße in Kamen-Methler
hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW

Die Fraktion B90/Die Grünen begrüße die Bürgeranregung, da sie zu einer öffentliche Diskussion geführt habe, so Herr **Lütschen**. Seine Fraktion favorisiere die „Karlsruher-Lösung“, indem ein Zusatzschild ergänzend zum Straßenschild errichtet werde. Von einer Umbenennung sehe er ab, da dies eine Verdrängung der Geschichte hervorrufen würde. Bei Neubenennungen von Straßennamen sollten zukünftig mehr Frauennamen vorgeschlagen werden.

Herr **Grosch** bedankte sich für die ausführliche Beschlussvorlage. Er erinnerte an die Geschichte von Fritz Haber und sprach sich für eine Umbenennung aus. Daher beantrage die Fraktion DIE LINKE./GAL die Umbenennung der Fritz-Haber-Straße in Clara-Immerwahr-Straße.

Frau **Maeder** sprach sich für ein Zusatzschild aus, um damit ein Teil der deutschen Geschichte für die nächste Generation beizubehalten.

Herr **Heidler** informierte über die Veranstaltung der Bürgerinitiative Zivilcourage für Kamen im letzten Jahr. Es wurde die Frage der gesellschaftlichen Moral des Wissenschaftlers behandelt. Allerdings werde seine Fraktion nicht über die Köpfe der Anwohner bestimmen und befürworte daher die „Karlsruher-Lösung“.

Herr **Eisenhardt** begrüßte die Diskussionen und Denkanstöße hinsichtlich des Straßennamens. Die CDU-Fraktion sei aufgrund der eigenen Befragung sowie der Befragung seitens der Verwaltung gegen eine Umbenennung. Allerdings befürworte er ein zusätzliches Schild, um an die unterschiedlichen Facetten Habers zu erinnern. Daher beantrage die CDU-Fraktion ein Zusatzschild, um die Person Fritz Haber besser einzuordnen.

Frau **Schaumann** verwies auf die Anwohnerbefragung, dass von 22 Antworten 15 dagegen waren. Sie halte ein Zusatzschild als Mahnmal für sinnvoll. Sie wünschte sich weitere Informationsschilder an Straßennamen.

Herr **Fuhrmann** informierte über die persönliche Befragung der Anwohner. Sie argumentierten mit dem geschichtlichen Aspekt, der mit dem Entfernen des Straßenschildes nicht einfach wegzuwischen sei. Weiter befürworten sie ein Zusatzschild. Die Ablehnungen seien nicht monetär gewesen, man habe die Betroffenheit gespürt.

Herr **Heidler** schloss sich dem Sachantrag der CDU-Fraktion an. Außerdem begrüßte er die Idee, an weiteren Straßennamen Zusatzschilder anzubringen und wünschte sich dazu eine Diskussion im Kulturausschuss.

Herr **Grosch** gab zu Bedenken, dass sich 7 Anwohner für eine Umbenennung ausgesprochen hätten. Er kritisierte, dass keine hohe Sensibilität zu dem Thema erreicht worden sei.

Sensibilität sei nicht zu verordnen, so Herr **Eisenhardt**. Die Anwohner könnten selbst entscheiden, an einer Befragung teilzunehmen oder sich nicht zu äußern. Die Mehrheit habe sich gegen eine Umbenennung ausgesprochen.

Herr **Heidler** würdigte das Engagement der Zivilcourage Kamen.

Frau **Dörlemann** plädierte für die Karlsruher-Lösung.

Die **Bürgermeisterin** lies über den weitestgehenden Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Umbenennung der Fritz-Haber-Straße in die Clara-Immerwahr-Straße.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung und 35 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, den Straßennamen Fritz-Haber-Straße beizubehalten und mit einem Zusatzschild zu versehen. Auf dem Zusatzschild steht: “Fritz Haber, 1868-1934, Chemiker, Nobelpreisträger. Die von ihm 1913 an der Technischen Hochschule Karlsruhe entwickelte Ammoniaksynthese ermöglichte die Produktion von Düngemittel ebenso wie die von Sprengstoff. Im Ersten Weltkrieg war er maßgeblich am Einsatz von Giftgas als Waffe an der Front beteiligt. Dieses Kriegsverbrechen gilt heute als Beispiel für verantwortungslose Wissenschaft.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 10.

Open Source in der Verwaltung
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau **Dörlemann** erläuterte den Antrag ihrer Fraktion.

Herr **Tost** berichtete, dass es Open Source nicht zum Nulltarif gebe. Man spare zwar an den Lizenzgebühren, zahle aber verstärkt für Schulungen und Service. Die Verwaltung arbeite überwiegend mit Microsoftprogrammen, aber auch mit freien Systemen, wie zum Beispiel mit Linux oder Apache. Im Bereich der graphischen Dienste werde vollständig auf Open Source Programm gesetzt.
Es würden zurzeit 220 Programme in der Verwaltung genutzt, ein Viertel davon seien Open Source. An Microsoft Office führe derzeit kein Weg vorbei, da viele kommunale Fachverfahren dies voraussetzten. Eine vollständige Umstellung erscheine im Moment unmöglich, da viele Verfahren nur unter dem Betriebssystem Windows betrieben werden könnten.
Herr Tost nahm Bezug auf andere Verwaltungen, die ausschließlich auf Open Source umstellen wollten.

Hier hätte sich gezeigt, dass fast alle Verwaltungen den Versuch wieder eingestellt hätten.
Er informierte, dass nahezu alle Hersteller von Kommunalsoftware ihre neuen Verfahren als Webanwendung entwickeln würden, wie im Finanzbereich, im Einwohnerbereich und auch im Facility Management. Andere Anbieter würden folgen. Dies mache die Clients betriebssystemunabhängig. Es sei somit irrelevant, mit welchem System auf die Verfahren zugegriffen würden, es müsse lediglich ein Webbrowser vorhanden sein.
Es mache Sinn für Kommunen wie Dortmund und Kamen, die Entwicklung weiter zu beobachten. Allerdings habe Dortmund mit einem eigenen Systemhaus und seiner Größe andere Möglichkeiten als Kamen.
Die Verwaltung werde weiterhin die Marktlage intensiv beobachten, nutze gerne die Erfahrungen Dritter und arbeite gemeinsam mit der Datenverarbeitung an der Weiterentwicklung.
Herr Tost halte daher den Prüfauftrag für obsolet und bat den Rat, den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen abzulehnen.

Herr **Stalz** dankte Herrn Tost für den ausführlichen Bericht.

Auch Frau **Dörlemann** dankte Herrn Tost für die ausführliche Bestandsaufnahme. Sie halte es dennoch für sinnvoll, einen Masterplan zur Zielsetzung zu entwickeln und schlug eine Kooperation mit anderen Kommunen vor. Daher plädierte sie dafür, den Prüfauftrag anzunehmen.

Herr **Tost** entgegnete, dass für einen Prüfauftrag personelle Ressourcen benötigt werden, die dann an anderer Stelle fehlen würden. Zur interkommunalen Zusammenarbeit verwies er auf die Erläuterungen im Haushaltsplan.

Frau **Klanke** bestätigte die Schnittstellen und die Funktionalitäten am Arbeitsplatz. Sie berichtete vom positiven Feedback über den Service und die Wartung im Bereich der Digitalisierung. Die Verwaltung solle weiterhin bürgerfreundlich und kostengünstig agieren. Sie sehe daher von einem Prüfauftrag ab.

Die CDU-Fraktion hätte dem Antrag zunächst zugestimmt, wenn Herr Tost nicht so einen ausführlichen Erkenntnisbericht gegeben hätte, so Herr **Eisenhardt**. Wichtig seien in einer Verwaltung der Datenschutz und die Datensicherheit. Er sehe den Antrag als obsolet.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit eine Umstellung der gegenwärtig genutzten Software auf offene Standards und freie Software (Open Source) realisierbar ist und im zuständigen Fachausschuss zeitnah über den Fortschritt des Prüfauftrages, einschließlich einer Bestandsaufnahme der bisher eingesetzten Software, zu informieren.

Abstimmungsergebnis: bei 13 Enthaltungen und 22 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 11.

Resolution gegen das Sterben im Mittelmeer
hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE./GAL

Die CDU-Fraktion werde sich an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligen, da die Angelegenheit nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt Kamen liege, so Herr **Eisenhardt**. Auch künftig werde die CDU-Fraktion sich nicht an Resolutionen beteiligen, die außerhalb der Zuständigkeiten des Rates liegen. Es sehe allerdings politischen Handlungsbedarf, daher habe die CDU sich mit einer eignen Resolution an die politischen Entscheidungsträger gewandt.

Frau **Klanke** berichtete von der interfraktionellen Zusammenarbeit, um ein gemeinsames Verfahren und einen gemeinsamen Text zu erarbeiten. Die Resolution sei auch auf dem Weg zu Vereinen und Verbänden, um diese mitzuzeichnen.

Frau **Dörlemann** schloss sich den Ausführungen von Frau Klanke an. Sie sehe sehr wohl die Zuständigkeit beim Rat, um sich gemeinsam gegen das Leid im Mittelmeer zu positionieren. Sie begrüßte die interfraktionelle Zusammenarbeit.

Frau **Schaumann** sah die Zuständigkeit auf europäischer Ebene. Sie kritisierte den Inhalt der Resolution und sprach sich daher dagegen aus.

Herr **Grosch** begrüßte die Resolution und erläuterte kurz ihr Zustandekommen. Weiter lobte er die vielen ehrenamtlichen Initiativen in Kamen, die diese Resolution auch unterstützen.

Herr **Stalz** sei über die Überschrift der Resolution irritiert gewesen, sie gebe nicht den Inhalt wieder. Es gehe in der Resolution um eine schnelle Unterbringung der geretteten Flüchtlinge aus dem Mittelmeer. Dies sei zielführender und hätte bei seiner Fraktion Anklang gefunden.

Frau **Klanke** stellte klar, dass es ein gesamteuropäisches Problem sei und die Stadt Kamen dies nicht alleine lösen könne. Schlussendlich gehe es darum, die Menschenwürde zu erhalten und zu schaffen. Man wolle mit der Resolution ein Zeichen nach Außen setzen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte Resolution gegen das Sterben im Mittelmeer.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 12.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

12.1. Mitteilungen der Verwaltung

Frau **Kappen** berichtete über das Veranstaltungskonzept der Stadt Kamen zum Europajahr 2019 (siehe Anlage).
Ergänzend teilte Frau **Peppmeier** mit, dass die internationale Jugendkonferenz mit Schülerinnen und Schülern aus den Partnerstädten medial in Form einer Fotostrecke und einer Dokumentation vom RVR begleitet werde.

12.2. Anfragen

Die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zu Punkt 1 bejahte die **Bürgermeisterin.** Die detaillierte Nutzungskostenschätzung werde zum Workshop vorgelegt. Zu Punkt 2 teilte sie mit, dass die GSW die Investitionskosten zeitnah beziffern würden.

Herr **Diederichs-Späh** fragte nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der Übernahme der Planung und der Vollkostenerstattung zu der Straße OW3A.

Herr **Dr. Liedtke** teilte mit, dass es zum heutigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden könne. Verabredet sei, dass die Stadt Dortmund die Planung erbringe und die Kosten erstattet bekäme. Im April sollen möglicherweise weitere Gespräche mit den beteiligten Kommunen stattfinden.

Auf die Frage von Herrn **Heuchel** nach dem aktuellen Sachstand zum Kanalbau an der Margarethenkirche antwortete Herr **Tost**, dass Ende März der Submissonstermin stattfinden werde. Danach könne die Zeitschiene ermittelt werden.

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Watolla
Schriftführer